

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 59 (1965)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : vom zweiten zum dritten Weltkrieg? ; Der neue Feind : China ; "Heilloses Durcheinander" ; Die Zerstörung Vietnams ; Grosskrieg oder Verhandlung? ; USA in der Dominikanischen Republik ; Nachtrag

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141004>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BUCHBESPRECHUNG

Inge Scholl: «Die weiße Rose», Fischer-Bücherei Nr. 88.

Vor zwölf Jahren ist dieses Buch erschienen, vor zehn Jahren erstmals in der Fischer-Bücherei, und seither ist es zu Tausenden gekauft und gelesen worden. Es liegt kein besonderer Anlaß vor, heute auf dieses Büchlein aufmerksam zu machen, kein anderer Grund als die Überzeugung, daß jeder Leser der «*Neuen Wege*», der es sich anschafft und in einer stillen Stunde liest, bereichert wird. Es berichtet vom Entstehen des Widerstandes gegen die Naziherrschaft bei den Münchener Studenten. Wir haben damals gehört von den Blättern, die in den Lichthof der Universität hinunterwirbelten, vom Tod der Geschwister Scholl, deren mutige Tat es war. Es ist aber wichtig, auch heute oder besonders heute wieder, daran zu denken, wie diese jungen Menschen, die von der Jugendbewegung herkommend, zuerst auch in der Hitlerjugend begeistert mitmachten, bald das Übel erkannt und bekämpft haben. Diese Tatsache entkräftet das weitverbreitete Märchen vom Nichtwissen des deutschen Volkes. Das Schicksal dieser Münchener Studenten — Hans und Sofie Scholl und ihrer Gesinnungsgenossen — wühlt uns auf und läßt die Empörung gegen die Untaten jener Zeit nicht einschlafen, aber neben all dem ist es für den Leser beglückend, diesen mutigen Kämpfern gegen den Ungeist hier menschlich zu begegnen. Beglückend und vielleicht auch tröstlich für die Gegenwart, daß es solche deutsche Jugend gibt. Die große Tragik für Deutschland ist es ja, daß gerade diese Menschen vernichtet wurden, doch besteht eine Hoffnung, daß ihr Beispiel weiterwirken wird und in den gegenwärtigen und kommenden Generationen ihr Vorbild Ansporn sein kann, das Leben nicht zu vertändeln.

B. W.

WELTRUND SCHAU

Vom zweiten zum dritten Weltkrieg?

Wir sind ein sehr jubiläumsfreudiges Geschlecht — viel zu sehr nach meinem Geschmack. Wenn aber jetzt überall der Ereignisse gedacht wird, die vor zwanzig Jahren den Anfang vom *Ende des Zweiten Weltkriegs* darstellten, so kann das doch einen guten Sinn haben. Dann nämlich, wenn es uns wieder mit allem Ernst zum Bewußtsein bringt, daß der militärische Zusammenbruch des Hitlerreiches alles andere als eine Zeit friedlicher Völkergemeinschaft einleitete, vielmehr nur allzubald — mit umgekehrten Fronten — in einen weltumfassenden «kalten» Krieg ausmündete, der zu einem neuen «heißen» Krieg zu führen droht. Der Nachfolgestaat des Hitlerreiches, die Bundesrepublik Deutschland, spielt dabei eine Hauptrolle; sie hat die neue Politik der Westmächte, von denen sie geschaffen wurde, dazu ausgenützt, sich um die politischen und wirtschaftlichen Folgerungen aus der militärischen Niederlage herumzudrücken, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs für sich teilweise ungeschehen zu machen und ihre Militär- und Wirtschaftsmacht in den Dienst einer Politik zu stellen, die es versucht, in einem dritten gewaltigen Vorstoß

nach Osten die Ziele doch noch zu erreichen, die Deutschland in seinen beiden ersten Kriegen nicht erreichen konnte.

Wenn wir jetzt mit Genugtuung auf das Ende des Zweiten Weltkriegs zurückschauen, sollten wir daher auch wieder die Berichte über die Konferenzen von *Jalta* und *Potsdam* zur Hand nehmen, in denen von den Staatsmännern der alliierten Mächte ein umfassendes Programm für die Nach-Hitlerzeit entwickelt wurde. In der Erklärung von *Jalta* (11. Februar 1945) heißt es ausdrücklich: «Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, die deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab . . . für alle Zeiten zu zerschlagen; die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion benutzt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen.» An der Konferenz von *Potsdam* (abgeschlossen am 2. August 1945) bestätigten die Regierungshäupter und Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion die Erklärung von *Jalta*, fügten ihr zahlreiche Einzelforderungen über die künftige Organisation Deutschlands bei und betonten nicht zuletzt: «In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.»

Man glaubt zu träumen, wenn man dieses Programm wieder liest, das durchzusetzen angeblich der «unbeugsame Wille» der Siegermächte war, und es mit dem *tatsächlichen Zustand des heutigen Deutschland* vergleicht. Ja, in der Deutschen Demokratischen Republik ist, im Einvernehmen mit der Sowjetunion, das Programm nach Möglichkeit verwirklicht worden. Der Bundesrepublik hingegen, der die Westmächte Pate standen und die von ihnen bis heute militärisch besetzt ist, fiel es nicht im Schlaf ein, den Forderungen von *Jalta* und *Potsdam* nachzuleben. Gleich nach dem Tode Roosevelts, der zusammen mit Außenminister Hull die enge Verbundenheit der USA mit der Sowjetunion auch für die Nachkriegszeit aufrechtzuerhalten strebte, war ja jener Umschwung zum scharfen Antikommunismus und zur planmäßigen Zurückdrängung der Sowjetunion aus Mitteleuropa erfolgt, der seither für die ganze Außenpolitik der Westmächte und ihrer Gefolgsstaaten maßgebend geblieben ist. Er fand seinen förmlichen Ausdruck namentlich in der sogenannten *Truman-Doktrin* (1947), die die Vereinigten Staaten auf die militärische und politisch-wirtschaftliche Bekämpfung des Kommunismus wie aller sozial-revolutionären Bewegungen festlegte, die der Herrschaft des Kapitalismus gefährlich werden könnten.

Im Zusammenhang mit dieser Kreuzzugsunternehmung weltumfas-

senden Ausmaßes erstickte Amerika durch sein massives Eingreifen in West- und Südeuropa all die verheißungsvollen Kräfte, die einer Neugestaltung von Wirtschaft und Staat im Geiste des Sozialismus zu strebten. Am erfolgreichsten oder doch folgenschwersten war die Hilfe der Vereinigten Staaten für die Wiederaufrichtung *Westdeutschlands* im Geiste des *ancien régime*. Der westdeutsche Kapitalismus steht heute machtvoller und geballter da als jemals. Ein neuer Nationalismus, der wiederum, wie 1914, auch die Sozialdemokratie mit sich reißt, hat sich in der Bundesrepublik erhoben. Die Bundeswehr ist die stärkste und am besten ausgerüstete Armee Westeuropas geworden. Hinter ihr steht eine Rüstungsindustrie von größter Leistungsfähigkeit. Kriegsverbrecher und alte Hitlerleute laufen zu Tausenden frei in der Bonner Demokratie herum. Die Wiederherstellung der Grenzen mindestens von 1937 und darüber hinaus der Umsturz der ganzen aus dem Krieg hervorgegangenen Machtverhältnisse in Mittel- und Osteuropa («bis zum Ural») ist das kaum verhüllte Ziel der westdeutschen Außenpolitik. Kurz, weder der moralische noch der politische Bruch mit dem Hitlerreich ist in Westdeutschland jemals folgerichtig vollzogen worden. Die Vergangenheit ist nicht wahrhaft bewältigt worden, und die Zukunft ist schwer belastet und bedroht.

Der neue Feind: China Und doch wachsen auch in der Bonner Republik die Bäume nicht in den Himmel. Die «*Politik der Stärke*», die unter Adenauer eingeleitet wurde und unter Erhard munter fortgesetzt wird, hat offenkundig *Schiffbruch erlitten*. Weder sind die Aussichten besser geworden, die DDR zu annexieren, noch ist im Ernst von einer Erschütterung der sowjetischen Machtstellung in Osteuropa die Rede. Im Gegenteil: seitdem auch die Sowjetunion ihre Atomwaffenrüstung entwickelt, ist es für ihre Zerschlagung einfach zu spät geworden. Die sieben Jahre Dulles-Politik mit ihrem Programm der «*Befreiung Osteuropas von kommunistischer Tyrannie*» haben mit einem Fehlschlag geendet. Die Sowjetunion hat sich zwar wie aus Österreich, so auch aus Finnland zurückgezogen; aber all die Milliardenausgaben, die der Kalte Krieg verschlungen hat, haben doch nicht vermocht, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs ganz aus der Welt zu schaffen und die Sowjetunion auf ihre «*asiatischen Kerngebiete*» zurückzuwerfen. Noch mehr: die große Propagandalösung vom Angriffswillen der sowjetischen Machthaber, die in der «*freien Welt*» die Köpfe so lange verwirrt und benebelt hat, verliert allmählich doch so sehr an Glaubwürdigkeit, daß sie je länger, je weniger die Grundlage der westmächtlichen Europapolitik bilden kann. Koexistenz mit gegenseitiger «*Abschreckung*» durch Raketen und Giftgase ist jetzt die Lösung geworden — ob sehr ehrlich gemeint, ist eine Frage für sich. Und schließlich sind im Westblock durch die Eigenmächtigkeiten de Gaulles und der Franzosen derartige Risse eingetreten, daß mindestens in Europa der alte *Anti-*

komunismus als Triebkraft einer russenfeindlichen Machtpolitik ausgespielt hat. Das begreift man jetzt so ziemlich überall — nur nicht in Westdeutschland. Das Gespenst einer westmächtlich-sowjetischen Verständigung über die Köpfe der Bonner Kaltkrieger hinweg nimmt immer mehr Fleisch und Blut an und erzeugt eine wachsende Spannung nicht nur zwischen Bonn und Paris, sondern auch zwischen Bonn und Washington, wobei London vorderhand unbeteiligt bleibt oder sich auf Vermittlung verlegt.

Mittlerweile ist aber besonders für Amerika in die Stellung des Weltfeinds Nr. 1 mehr und mehr das kommunistische *China* eingrückt. Daß die Pekinger Volksrepublik mit ihrem sensationellen Aufstieg zur ersten Großmacht des asiatischen Festlands ein Riesenloch in die Truman-Doktrin geschlagen hat, hat man ihr in den Vereinigten Staaten nie verziehen. Ebensowenig daß dank ihrem Widerstand und Eingreifen der Koreakrieg eine schwere Enttäuschung für Amerika wurde und entscheidend zur Wahlniederlage der dafür verantwortlich gemachten Partei Trumans im Jahr 1952 beitrug. Die amerikanische Feindseligkeit gegen *China* wuchs um so mehr an, als sich das Reich Mao Tse-tungs trotz allen Schwierigkeiten und Rückschlägen im Innern immer offenkundiger befestigte und nach außen hin zusehends an Ansehen in der Welt der unterentwickelten Völker gewann. Entsprechend kräftiger wurde das Selbstbewußtsein und der Abwehrwille Chinas, das sich auf allen Seiten von den Vereinigten Staaten bedrängt und bedroht sieht. Als angeblicher Angreifer im Koreakrieg wird es auf amerikanisches Betreiben von der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen ferngehalten und macht jetzt Miene, eine Gegen-UNO der revolutionären Länder Asiens und Afrikas zu gründen. Die Vereinigung mit Formosa wird ihm durch die militärische Unterstützung, die Amerika der Regierung Tschiang Kai-scheks gewährt, hartnäckig verwehrt. Es muß zusehen, wie sich die Vereinigten Staaten vor seiner Tür, in Korea und Vietnam, breit machen und zum Sprung auf die verhasste Volksrepublik selbst ansetzen, während in der westlichen Welt umgekehrt Peking als der Sitz eines angriffs- und ausdehnungslüsternen Imperialismus angeprangert wird.

Und nun scheint einer mächtigen Gruppe von Politikern und Militärführern in den Vereinigten Staaten die Gelegenheit günstig, über Nordvietnam gleich auch *China* zu Boden zu schlagen und damit die soziale Revolution in Asien auf alle absehbare Zeit zu erledigen. Schon 1954, als Frankreichs Kolonialkrieg in Indochina längst verloren war, hatten Staatssekretär Dulles und Admiral Radford Pläne für ein amerikanisches Eingreifen — womöglich mit Atombomben — bereit. Der Widerstand der Bundesversammlung und Präsident Eisenhowers verhinderte zwar diese Absicht; aber Dulles tat dennoch alles, um das Genfer Abkommen über Indochina unwirksam zu machen, die vorgesehnen Wahlen in Gesamtvietnam zu verhindern und in Südvietnam ein volksfeindliches, verderbtes Regime zu stützen, das den offenen Wider-

stand der südvietnamesischen Bevölkerung herausforderte. Diesen Widerstand zu brechen, stehen die Amerikaner mit nun über 32 000 Mann in Südvietnam, tragen den Krieg nach Nordvietnam und drohen auch China anzupacken, falls dieses dem vietnamesischen Nachbarn Hilfe leistet. General Lavelle, der stellvertretende Generalstabschef der Vereinigten Staaten, prahlte vor einem Ausschuß des Abgeordnetenhauses bereits, die USA-Wehrmacht sei so stark, daß sie gegebenenfalls nicht nur China, sondern auch die Sowjetunion tödlich zu treffen vermöge. Die wichtigsten Mittelpunkte der Verwaltung, der Industrie und der Armee Chinas, so sagte er, könnten ohne weiteres zerstört werden. Unter den Angriffszielen befänden sich namentlich auch die chinesischen Atomkraftanlagen und Unterseebootswerften. Die Industrie sei allerdings zersplittert und zerstreut und darum schwerer zu treffen; aber um so bessere Ziele böten die stark zentralisierten militärischen und zivilen Einrichtungen Chinas, deren Verteidigung gegen amerikanische Fernraketen unmöglich sei.

Bevor wir aber auf die Möglichkeit einer neuen Ausweitung des Vietnamkrieges nach Norden eintreten, wollen wir, zu unserem Ausgangspunkt zurückkehrend, nochmals einen Blick auf unser altes, geplagtes Europa werfen.

«Heilloses Durcheinander» Wir haben vorhin gesagt, nur in Westdeutschland begreife man nicht, daß der Antikommunismus als Triebkraft einer russenfeindlichen Machtpolitik ausgespielt habe und die ganze «Politik der Stärke», der die Bundesrepublik seit anderthalb Jahrzehnten nachjagt, tatsächlich gescheitert sei. Einen Grund dafür sieht Anton Reithinger, der darüber in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Köln, Aprilheft) schreibt, in der *wirtschaftlichen Hochkonjunktur*, die man in Westdeutschland in vollen Zügen genießt. «Sie hat das Interesse breiter Schichten der Wohlstandsbürger völlig absorbiert und sie nicht nur ihre Vergangenheit, sondern auch die Bedingtheiten ihrer gegenwärtigen Existenz und ihres zukünftigen Schicksals vergessen lassen. Die Mehrheit der Bevölkerung nährt ihr politisches Selbstbewußtsein von der Hausmannskost primitivster Parolen und Schlagworte und scheut die Mühe, über die komplizierten Zusammenhänge ihrer zweigeteilten Existenz nachzudenken.» Die Nachkriegsphase der westdeutschen Außenpolitik sei darum «in einem heillosen Durcheinander und einer undurchschaubaren Verwirrung stecken geblieben. Ziele werden proklamiert ohne Rücksicht auf die Möglichkeit ihrer Verwirklichung, Mittel eingesetzt ohne Prüfung ihrer voraussehbaren Auswirkungen, Aktionen ausgelöst ohne Rückversicherung über die Tragfähigkeit ihrer Ausgangsbasis».

Auch das klägliche Ergebnis ihrer «neuen» Orientpolitik hat die Bonner Regierenden nicht zu einer auch nur andeutungsweise versuchten Kursänderung veranlassen können. Im Gegenteil: jetzt wird

erst recht der alte, «bewährte» Kurs fortgesetzt. Man beruft zum Trotz, um «denen da drüben» zu zeigen, daß man nichts gelernt hat, eine sachlich ganz unnötige Sitzung des Bundestages nach Westberlin ein und fordert dadurch natürlich die DDR und die Sowjetunion heraus, ihrerseits zu beweisen, daß Westberlin kein Teil der Bundesrepublik ist. Und man betreibt hartnäckig den törichten Plan weiter, die Westmächte zu einer neuen «Deutschland-Initiative» gegen die Sowjetunion zu veranlassen. Die haben es freilich damit nicht sehr eilig; sie werden wohl irgendeine Erklärung austüfteln, die den Westdeutschen formale Genugtuung gewährt (wenn auch vielleicht ohne Mitwirkung Frankreichs), denken aber gar nicht daran, die deutsche Frage zum Angelpunkt ihrer Europapolitik zu machen, wie es die großsprecherischen Bonner Kaltkrieger haben wollen, die unermüdlich behaupten, von einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten in *ihrem* Sinn hänge nichts Geringeres als der Weltfrieden ab. In Westeuropa wie in Amerika weiß man eben gut genug, daß ein wiedervereinigtes Deutschland, das nur eine vergrößerte Bundesrepublik wäre, mit seiner überragenden Wirtschafts- und Militärmacht für seine Nachbarn unerträglich werden müßte und aufs neue imstande wäre, den Weltfrieden zu zerstören, was unter allen Umständen zu verhindern doch gerade der «unbeugsame Wille» der Urheber der Erklärungen von Jalta und Potsdam war.

Man kann sich darum auch unschwer vorstellen, mit welchen Gefühlen in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten der jüngste Bonner Protest gegen den sowjetisch-polnischen Beistandsvertrag vom 8. April aufgenommen wurde, der die Oder-Neiße-Linie zur endgültigen Westgrenze Polens erklärt. Wenn in dieser «Rechtsverwahrung» ein weiteres Mal die alte Beteuerung wiederkehrt, daß die Bundesregierung «eine Lösung der deutsch-polnischen Grenzfrage nur mit friedlichen Mitteln ohne Androhung oder Anwendung von Gewalt anstrebe», so weiß die Welt nachgerade doch genau, was von solchen Versicherungen zu halten ist. Die Heuchelei, die darin liegt, wird nur noch übertroffen von der hochmütigen Anmaßung der Bonner Regierung, die sich in ihrer Protestnote auch noch gegen die Behauptung verwahrt, «daß es zwei deutsche Staaten gebe»; in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit aller Staaten stelle sie fest, daß «die Sowjetzone kein Staat» sei . . .

Von Frankreich weiß man in Bonn immerhin schon längst, daß es die Oder-Neiße-Grenze als dauernde Tatsache anerkennt. Aber auf de Gaulle gibt man allmählich in der Bundesrepublik überhaupt nicht mehr viel. Die Politik des Präsidenten-Generals ist zwar gewiß reichlich undurchsichtig und auch weithin fragwürdig, schon weil die Frankreich zu Gebot stehenden Machtmittel in offenkundigem Mißverhältnis zu den ehrgeizigen Zielen stehen, die (soweit man es eben festzustellen vermag) Herr de Gaulle in Europa verfolgt. Aber klar und in eine bessere Zukunft weisend ist an de Gaulles Europapolitik dennoch

ein Doppeltes. Einmal sein Wille, Westeuropa der Beherrschung durch die Vereinigten Staaten zu entziehen. Seine letzte Ansprache vor den Vertretern der Weltpresse (27. April) ist in dieser Beziehung sogar noch schärfer ausgefallen als frühere Erklärungen, zumal er abermals deutlich von Amerikas Kriegsführung in Vietnam abrückte. Zum andern bemüht sich der französische Staatspräsident beharrlich, in ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion zu kommen, deren Mitwirkung bei der Schaffung eines neuen Europas er für eine selbstverständliche Notwendigkeit hält. Der kürzliche Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Paris scheint zwar keine neuen Bindungen zwischen beiden Staaten bewirkt oder vorbereitet zu haben; daß aber die ganze Richtung von Frankreichs Ostpolitik den Absichten zuwiderläuft, die man in Westdeutschland hinsichtlich des Verhältnisses zur Sowjetunion und zu ihren Bundesgenossen hat, liegt dennoch klar auf der Hand. Kein Wunder darum, daß, wie aus Bonn berichtet wird, die frühere Bewunderung de Gaulles in der Bundesrepublik mehr und mehr in Enttäuschung umschlägt und die unentwegten Gaullisten, wie Adenauer, Strauß und Gerstenmaier, die westdeutsch-französische Freundschaft, diese unentbehrliche Stütze ihrer Deutschland- und Osteuropapolitik, bereits ganz in die Brüche gehen sehen . . .

Die Zerstörung Vietnams Und nun also der Krieg in *Vietnam* und was daraus noch werden mag.

Dieser Krieg im Fernen Osten von Asien geht ja auch uns Europäer nahe an; die Zeiten sind vorbei, da man, wie zu Goethes Zeiten, behaglich plaudern konnte, «wenn hinten, weit, in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen». Mag es gegenwärtig auch so aussehen, als sei die Gefahr nicht groß, daß auch China und mit ihm die Sowjetunion in den Kriegsstrudel hineingerissen werden und sich so die «streng abgemessenen» Schläge der Amerikaner gegen Nordvietnam zu einer Weltkatastrophe ausweiten: gebannt ist die Gefahr ganz und gar nicht, und wenn der Vietnamkrieg seiner militärischen «Eigen gesetzlichkeit» überlassen bleibt, so wird er eben notwendigerweise über sich selbst hinauswachsen, und Präsident Johnson wird dann eines Tages, wie seinerzeit Wilhelm der Zweite, auch wieder achselzuckend beteuern können: «Das habe ich nicht gewollt!»

So gehen denn die Angriffe der amerikanischen Luftwaffe gegen Nordvietnam fast pausenlos weiter und verrichten planmäßig ihr unbarmherziges Zerstörungswerk. Auch wenn vorerst «nur» Straßen und Brücken, Häfen und Industrieanlagen, Versorgungs- und Munitions lager vernichtet werden, so sind doch die Wunden, die dadurch dem unglücklichen Land geschlagen werden, furchtbar und gewiß nur schwer zu heilen, ganz abgesehen von den Menschenleben, die dabei unvermeidlicherweise auch geopfert werden. Gleichzeitig verschärfen die Amerikaner auch ihren Krieg gegen den aufständischen Vietcong, vermehren ihre Truppenbestände in Südvietnam andauernd und stek-

ken weitere 800 Millionen Dollar in das ganze Unternehmen, um eine Erhöhung der Zahl der südvietnamischen Regierungskräfte gleich um 160 000 Mann zu erreichen.

Es ist ein schlechter Trost, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich trotzdem bereit erklärt hat, «ohne Vorbedingungen» *Gespräche* über ein mögliches Ende der Feindseligkeiten zu führen. Denn sie knüpft in Wirklichkeit die Eröffnung von Friedensverhandlungen doch an Bedingungen, und zwar an solche, die unter den gegenwärtigen Umständen gar nicht erfüllt werden können. Vor allem weigert sie sich, mit dem *Vietcong* — der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams — zu verhandeln. Die Parole laute, Die Vietcongs (mindestens 30 000 Menschen!) seien zu vernichten, so erklärte General Greene, der Kommandant des amerikanischen Marinefusilierkorps, das als Kerntruppe der USA in Südvietnam «arbeitet». Verhandelt werden kann nach Washingtoner Auffassung nur mit der Regierung von Nordvietnam, die, mit chinesischer Rückendeckung, die Rebellion in Südvietnam aufgezogen habe und die gewaltsame Vereinigung der beiden Landeshälften erstrebe. Daß Nordvietnam diese Unterschlebung nicht annehmen kann, ist selbstverständlich. Die Wahrheit würde damit ja gerade auf den Kopf gestellt und die wirkliche, dauerhafte Befriedung Südvietnams verunmöglicht.

Ebenso unannehmbar ist die andere Bedingung, die die USA für die Aufnahme von Friedensgesprächen stellt: daß nämlich inzwischen die amerikanischen Kriegshandlungen solange fortgesetzt werden müßten, bis Nordvietnam friedensreif geschossen sei. Wenn sich die nordvietnamesische Regierung zu Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten herbeiließe, so könnte sie doch keineswegs unter dem Druck der amerikanischen Zerstörungsflüge verhandeln. Haben einmal die Amerikaner ihr Ziel erreicht — die Regierung von Hanoi «an den grünen Tisch heranzubombardieren» —, dann braucht es auch gar keine Verhandlungen mehr, die diesen Namen verdienen; dann diktiert einfach der Sieger dem Besiegten seine Bedingungen.

Man sieht, die «Verhandlungsbereitschaft» Washingtons ist ebenso unehrlich wie die ganze Begründung des amerikanischen Eingreifens in Vietnam. An der SEATO-Tagung (Südostasiatische Vertragsorganisation) in London hat der USA-Vertreter George Ball zwar wiederum kühn behauptet, «das zentrale Problem in Südvietnam» sei die Frage, «ob ein kleiner Staat am Rande des kommunistischen Machtbereiches seine Freiheit behalten kann oder nicht». Aber jedermann weiß, daß von einer irgendwie nennenswerten Unterstützung des Vietcong-Aufstandes aus Nordvietnam erst die Rede sein kann, nachdem die Amerikaner schon jahrelang mit Heeres- und Geldmacht die tyrannische Regierung Ngo Dinh Diem gegen die Widerstandsbewegung des südvietnamesischen Volkes unterstützt hätten. Wie geringfügig, besonders im Verhältnis zu den amerikanischen Truppenbeständen, die Zahl der nordvietnamesischen «Einsickerer» in Südvietnam ist, geht übrigens aus

einer amerikanischen Meldung aus Saigon vom 12. April hervor, wonach erst jetzt «reguläre nordvietnamesische Truppenverbände in der Stärke von je rund hundert Mann nach Südvietnam eingedrungen sein» sollen. «Bisher», so heißt es weiter, «hatte sich Nordvietnam nach amerikanischer Auffassung damit begnügt, einzelne ausgebildete Soldaten nach dem Süden zu schicken.» Und diese «einzelnen Soldaten» sollen also, wenn man der amerikanischen «Auffassung» überhaupt beipflichten will, so entscheidend in Südvietnam eingegriffen haben, daß die amerikanische Großunternehmung «zum Schutze der Freiheit Südvietnams» unbedingt notwendig geworden sei? Man kann der Vertrauensseligkeit der Welt gegenüber amerikanischen Lagedarstellungen auch zuviel zumuten!

Ob die neue Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte in Südvietnam, zusammen mit einer Verstärkung der südvietnamesischen Regierungsarmee, mit dem Vietcong überhaupt fertig zu werden vermag, bleibt nach wie vor mehr als zweifelhaft. Auch wenn Nordvietnam durch die amerikanische Luftwaffe militärisch gänzlich lahmgelegt werden sollte, braucht das den Vietcong durchaus nicht ebenfalls kampfunfähig zu machen. Der Vietcong, dem heute drei Viertel von Südvietnam unterstehen, kann, wie Paul Johnson im «New Statesman» (30. April) schreibt, nur im Bodenkampf, durch eine Großzahl im Dschungel kämpfender Truppen, besiegt werden. «Aber die Truppen, die das tun könnten, gibt es nicht . . . Die Erfahrung zeigt, daß zum Sieg in einem Kleinkrieg eine Überlegenheit von mindestens zehn zu eins nötig ist. Das kann aber nur durch ein riesiges Aufgebot amerikanischer Bodentruppen erreicht werden — von mindestens 300 000 und wahrscheinlich sogar einer halben Million Mann. Und das ist ein politischer Preis, den Johnson offenbar nicht zu zahlen bereit ist.»

Will man aber auch einmal annehmen, daß Amerika seinen Vietnamkrieg gewinnt — was soll dann weiter werden? Glaubt ein nüchterner Mensch, daß dann Südvietnams Volk die Freiheit habe, über sein Schicksal selber zu bestimmen, durch echte Wahlen oder gar durch eine Volksabstimmung über eine allfällige Vereinigung mit Nordvietnam, wie es das Genfer Abkommen von 1954 verlangt hat? Die Amerikaner denken überhaupt nicht daran, so etwas zu riskieren, so wenig sie daran denken, sich aus Südvietnam zurückzuziehen, falls in Saigon eine wirklich neue Regierung ans Ruder käme. In einer Unterredung, die ein Vertreter von «US News & World Report» (vergleiche die Nummer vom 15. Februar 1965) hatte, wurde Mr. Henry Cabot Lodge, einer der Hauptmacher der amerikanischen Ostasienpolitik, auch gefragt, ob ein neues Regime in Saigon die Einladung an die Vereinigten Staaten zur Hilfeleistung gegen den Vietcong zurückziehen würde. Antwort: «Ich glaube nicht, daß sie das notwendigerweise tun sollte. Der Platz dort ist nicht nur für die Vietnamesen wichtig. Er ist auch für die Vereinigten Staaten sehr wichtig. Und ich glaube nicht, daß wir unsere Beziehungen zu Vietnam vor irgendeinem

Taschenspielertrick abhängig machen sollten, der etwa in Saigon angewandt würde.» Weitere Frage: «Heißt das, daß wir verpflichtet sind, in Vietnam zu bleiben, ob wir nun dazu aufgefordert werden oder nicht?» Antwort: «Das könnte sehr wohl der Fall sein, jawohl. Wenn es ein amerikanisches Lebensinteresse ist, diesen Raum den Kommunisten streitig zu machen, dann hätten wir sicher das Recht, eine Aufforderung zum Verlassen des Landes zu mißachten, die das Ergebnis einer kommunistischen Machtergreifung mit umstürzlerischen Mitteln wäre.»

Einfacher geht es wirklich nicht: Man stellt schnell einen kommunistischen Umsturzversuch fest und hat damit tausendmal Grund, mit bewaffneter Hand die Freiheit in diesem Erdenwinkel zu retten. Siehe Santo Domingo. Wie es mit der *wirklichen* Freiheit des betroffenen Volkes steht, der politischen wie der wirtschaftlichen und sozialen Freiheit, das ist vollkommen Nebensache . . .

Großkrieg oder Verhandlung?

Wenn sich die Amerikaner aber schon nicht um die Freiheit und Unabhängigkeit der von ihnen zu rettenden Völker kümmern — haben sie dann selbst einen wirklichen Vorteil davon, wenn sie überall, wo eine soziale und politische Umwälzung «droht», einem anderen Volk *ihre* Regime aufzwingen wollen? In einem tapferen Aufsatz, den Professor D. F. Fleming, der Verfasser eines großen Werkes über den Kalten Krieg und seine Ursprünge, im «Western Political Quarterly» (herausgegeben von der Staatsuniversität von Utah in Salt Lake City, März 1965) veröffentlicht, wird sehr zeitgemäß an das Ergebnis des Koreakrieges erinnert. Der Verfasser bezeichnet den amerikanischen Versuch, das kommunistische Regime in Nordkorea zu zerstören, als «den größten außenpolitischen Einzelfehler in unserer Geschichte». Ein zuerst nur kleiner Krieg verwandelte sich dadurch in eine fürchterliche Katastrophe: Ganz Korea zerstört, zwei Millionen Tote, drei Millionen Verwundete, 144 000 Verluste auch auf amerikanischer Seite, gewaltige Kriegskosten, völlige Zerrüttung der südkoreanischen Wirtschaft, 20 Prozent der südkoreanischen Arbeitskräfte ohne Verdienst, dauernde politische Unrast, keine Aussicht auf Besserung der Lage von Volk und Land.

«Ist es diese Art „Lösung“ — fragt der Verfasser —, in die wir schrittweise auch in Südvietnam hineinschliddern?» Noch schlimmer: Gleitet Amerika mit der planmäßigen Verschärfung und Steigerung seines Krieges gegen Nordvietnam nicht von selbst in einen ostasiatischen Großkrieg hinein, den es doch nicht gewinnen kann? Muß es wirklich zur gewalttätigen, unberechenbaren Auseinandersetzung mit China kommen, wenn nicht noch rechtzeitig der Weg friedlicher Verhandlungen beschritten wird? «Ich erinnere mich noch gut», so schreibt Professor Fleming, «wie wir früher die Chinesen liebten, als sie zerlumpte, fügsame Heiden waren, Gegenstand unserer hingebungsvollen

Missionsarbeit. Seit sie aber Kämpfer und Rote wurden, stelle ich fest, daß sie gänzlich bösartig geworden sind. Ich bemerke allerdings auch, daß wir den Kalten Krieg mit den ebenso bösartigen Russen einzustellen begonnen haben, nachdem sie Raketenwaffen bekommen hatten, die die Macht haben, uns zu vernichten. Das wird in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren auch in China geschehen, und dann wird es keine Frage mehr sein, ob wir uns noch am Rande Chinas festklammern und in der Meerenge von Formosa Inseln besetzen können, die China beansprucht. Wenn China die Macht gewinnt, uns zu vernichten, wird es die Randgebiete Ostasiens unter seinen Einfluß bringen und es uns überlassen, einen örtlichen Krieg in eine Weltenschlächterei zu verwandeln. Die grundlegende Entscheidung, vor der wir stehen, ist: Entweder vernichten wir bald China mit unseren Massenzerstörungswaffen, oder wir beginnen mit ihm Frieden zu schließen. Wenn wir ein gesittetes Volk bleiben wollen, müssen wir uns für den zweiten Weg entscheiden, und wir könnten damit anfangen, China den Sitz in den Vereinten Nationen einnehmen zu lassen, der ihm durch deren Satzung gewährleistet ist, bevor die anderen Mitgliedstaaten es sowieso aufnehmen.»

Der Verfasser des Aufsatzes hält es mit Recht für unvernünftig, anzunehmen, daß Amerika noch lang den ganzen Stillen Ozean und die Randgebiete von Asien gegen den Willen der Großmächte und der Massenvölker beherrschen könne, die dort leben. «Wir haben gelernt, wo die Grenzen unserer Macht in Europa liegen, und die Begrenzungen unseres Einflusses in Asien müssen wir gleichfalls lernen. Das wird sehr schmerzlich sein . . . Aber können wir unser Ansehen bewahren, wenn wir eine schlechte Sache noch schlechter machen?» Die Vereinigten Staaten, so glaubt Fleming, kommen einfach nicht darum herum, sich mit China friedlich zu verständigen. China könne durch die Weißen nicht aus Südostasien verdrängt werden. «Durch unsere bloße Anwesenheit in Vietnam haben wir es unvermeidlicherweise mit China zu tun. Wir haben es nicht nur mit den drei Millionen Menschen in der verderbten Stadt Saigon zu tun, sondern mit etlichen 40 Millionen Vietnamesen, mit etwa einer Dreiviertelmilliarden Chinesen und mit dem Volk von Korea. Jede dieser drei Nationen ist entschlossen, ihre Einheit und Freiheit von ausländischer Herrschaft, eingeschlossen die unsere, zu erlangen.» Auch die Aussicht, daß Korea und Vietnam — wie die osteuropäischen Völker — durch eine Zeit kommunistischer Gesellschaftsformen hindurchgehen müssen, könne kein Hindernis für den Verzicht auf Beherrschung Ostasiens durch die Vereinigten Staaten sein. Niemand, so schließt der Verfasser, kann noch im Zweifel darüber sein, «daß die Vereinigten Staaten auf einen Zusammenprall in einem atomaren Weltkrieg zusteuern, einem Krieg, der (nach den Angaben McNamaras) hundert Millionen von uns umbringen würde. Wenn der Vietnamkrieg noch viel höher hinaufgetrie-

ben wird, wird vielleicht kein Mensch mehr ihm Einhalt gebieten können».

So wie die Dinge heute liegen, ist unglücklicherweise die Aussicht gering, daß an maßgebender Stelle in Washington Warnungen dieser Art Gehör finden. Hinter dem amerikanischen Kriegswillen stehen eben nicht nur «Prestigegründe» (wie man es heißt), sondern sehr greifbare Besitz- und Machtinteressen. Und die Sache wird nicht besser dadurch, daß Präsident Johnson sich jeden Widerspruch gegen seine Politik verbittet. Die öffentliche Meinung der USA wird mehr und mehr vom Militärdepartement mit McNamara an der Spitze gemacht. Wie sogar der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» am 21. April feststellte, wird «eine ernst zu nehmende Opposition seit langem nicht mehr laut. Johnson hat auf kritische Äußerungen so empfindlich und abweisend reagiert, daß Bedenken kaum mehr geäußert werden... Niemand hat Lust, den Zorn Johnsons auf sich zu lenken.» Wer wie UNO-Generalsekretär U Thant, wie der Ministerpräsident von Kanada, Pearson, oder derjenige von Indien, Shastri, nicht an eine militärische Lösung der Südostasienfrage glaubt, dem zeigt Johnson die kalte Schulter; er hört nur auf Leute wie Wilson, Moro und Erler (den westdeutschen Außenminister in spe), die ihm die rückhaltlose Zustimmung ihrer Länder (?) zur amerikanischen Gewaltpolitik zu Füßen legen. Wie soll da dem drohenden Verhängnis noch wirksam gewehrt werden können?

USA in der Dominikanischen Republik

Und nun haben ja die Vereinigten Staaten auch in Mittelamerika zu einem neuen Gewaltstreich ausgeholt. Ihr schlagartiges militärisches Eingreifen (mit jetzt etwa 19 000 Mann) in der Dominikanischen Republik, wo ein Aufstand gegen die Militärdiktatur des Generals Wessin ausgebrochen war, wurde zuerst mit der Notwendigkeit begründet, Leben und Eigentum der dort ansässigen Amerikaner zu schützen. Als man aber in Washington sah, daß diese Begründung doch nicht recht überzeugend klang, griff man rasch zu der bewährten Lösung, die überall in der Welt, von Guatemala bis Vietnam, von Griechenland bis zum Kongo herhalten muß, um die Herrschaftsansprüche der Vereinigten Staaten zu rechtfertigen: es gelte wieder einmal, ein Land *vor dem Kommunismus zu retten!* Präsident Johnson verkündete es feierlich: Die Revolution in Santo Domingo, die als Volksbewegung für soziale Gerechtigkeit begonnen habe, sei in die Hände einer «Bande kommunistischer Verschwörer» geraten, und es bleibe ihm darum keine andere Wahl, als Marinetruppen und Fallschirmjäger in genügender Zahl nach dem Inselreich zu entsenden, um zu verhindern, daß auf der westlichen Erdhalbkugel ein zweites Kuba entstehe.

Die Vorgänge in der Dominikanischen Republik sind in dem Augenblick, da ich schreibe, noch immer recht undurchsichtig, da uns

fast nur Berichte aus amerikanischen Quellen erreichen. Wahrscheinlich stellen sich aber die tatsächlichen Zusammenhänge ungefähr so dar: Die Dominikanische Republik, die mit rund 48 000 Quadratkilometern und drei Millionen Einwohnern den Ostteil der zweitgrößten Antilleninsel umfaßt, ist seit 1893 zuerst wirtschaftlich, dann mehr und mehr auch politisch unter die Herrschaft der Vereinigten Staaten geraten. Von 1916 bis 1924 war sie von den USA auch militärisch besetzt und terrorisiert gewesen. Seit 1930 regierte in Santo Domingo als Statthalter Washingtons und fast unumschränkter Diktator der berüchtigte Rafael Leonidas Trujillo und seine Familie, deren doch allzu schamlose und korrupte Gewaltherrschaft vor zwei Jahren gestürzt wurde. Ein (mehr oder weniger) rechtmäßig gewählter Präsident, Juan Bosch, wurde aber von einer reaktionären Offiziersgruppe bald verhindert, sein Amt auszuüben, mußte außer Landes fliehen und suchte nun mit Hilfe einer revolutionären Volksbewegung seinerseits die Diktatoren zu stürzen. Im Laufe der überaus blutigen Straßenkämpfe, die in der Landeshauptstadt ausbrachen, schien sich der Sieg mehr und mehr den Rebellen zuzuneigen — bis das nordamerikanische Eingreifen den Anhängern der alten Militärgruppe wieder Auftrieb gab. General Wessin, der «starke Mann» der Regierung, schien eben den Vereinigten Staaten ein weit verlässlicherer Wahrer ihrer Kolonialinteressen zu sein als die Revolutionsführer, die gefährliche demokratische und soziale Lösungen auf ihre Fahnen geschrrieben hatten.

Daß die Aufstandsbewegung kommunistischen Charakter angenommen hätte, ist indessen völlig unwahrscheinlich; was darüber von nordamerikanischer Seite erzählt wird, ist derart unbestimmt und widerspruchsvoll, daß es höchstens von denjenigen geglaubt wird, die überall «kommunistische Verschwörer» am Werk sehen, um die «freie Welt» zu unterjochen. Der vorläufig zum neuen Präsidenten der Dominikanischen Republik ernannte Oberst Caamano bestreitet jedenfalls entschieden, daß die Aufstandsbewegung auch nur für einen Augenblick unter kommunistische Führung geraten sei, und verlangt darum den unverzüglichen Rückzug der amerikanischen Streitkräfte. Auch sonst sehr weit rechtsstehende Zeitungen in den Vereinigten Staaten, offenbar aber auch zahlreiche Senatoren und Abgeordnete finden, die Regierung sei bisher den Beweis schuldig geblieben, daß die Gefahr eines kommunistischen Staatsstreiches bestanden habe, zumal nur wenige Dutzend (man nennt die Zahl 58) Kommunisten festgestellt worden seien, die in den Reihen der 12 000 Aufständischen gekämpft hätten. Daß der angebliche Schutz amerikanischer Männer, Frauen und Kinder in der Dominikanischen Republik nur der mißglückte Versuch war, die hochpolitischen Ziele des ganzen Unternehmens humanitär zu bemanteln, wird so ziemlich überall zugegeben.

Wie die Dinge nun weitergehen sollen, wer im dominikanischen Bürgerkrieg endgültig Sieger bleibt und wie sich Washington dazu

stellen wird, ist zur Stunde noch unklar. Bemerkenswert ist immerhin, daß das nordamerikanische Eingreifen in die Angelegenheiten eines völkerrechtlich selbständigen Staates von Mittelamerika in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern ziemlich böses Blut gemacht hat. Aber es ist zu wetten, daß sich die Vereinigten Staaten darüber hinwegsetzen und sich durch irgendeine dehbare Formel von der Organisation der amerikanischen Staaten die Vollmacht geben lassen werden, ihre Streitkräfte solange in der Dominikanischen Republik zu belassen, wie *sie* es für zweckmäßig halten. Es geht ja um den großen Auftrag, den sie von der Weltgeschichte bekommen haben, überall da mit bewaffneter Macht einzugreifen, wo die Freiheit, die *sie* meinen, durch sozialrevolutionäre Anschläge bedroht ist . . .

5. Mai

Hugo Kramer

Nachtrag. Das militärische Eingreifen der USA hat tatsächlich die dominikanische Militärdiktatur und ihre Streitkräfte gerettet. Die umgebildete Regierungsjunta wird auch politisch ganz offenkundig von Washington gestützt, das zurzeit noch mit der Organisation der Amerikanischen Staaten darüber verhandelt, wie am zweckmäßigsten die liberal-reformerische Volksbewegung für die herrschende Oberschicht in Santo Domingo und für Nordamerika unschädlich gemacht werden kann. Das Ganze heißt man «Allianz für den Fortschritt» . . .

12. Mai

H. K.